

NEUSTADT-KURIER



29. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



April 1994

Geschrei um Nichts!

Die Neustadter Bürger sind nunmehr eingeladen, die „Vergewaltigung der Natur“ und die „Zerstörung des Muppergs“ mit eigenen Augen zu begutachten.

Mit solchen übertriebenen, unsinnigen Behauptungen haben die SPD-Stadträte, hier insbesondere Walter Knauer und Heike Stegner-Kleinknecht versucht, die Anlegung von Parkplätzen am Neustadter Krankenhaus zu verhindern.

Wahrscheinlich haben die Genossen geglaubt, daß die Bürger vergeßlich sind. Doch man sollte die Politiker wirklich an ihren Taten messen!

Großes Geschrei, unsinnige Forderungen und letztlich teure und wertlose Maßnahmen kennzeichnen die Naturverbundenheit der SPD in Neustadt. Es ist ja wohl nicht ernst zu nehmen, wenn die Anlegung eines dringend notwendigen Weges zur reibungslosen An- und Abfahrt des Krankenhauses dazu führt, daß einige, wenige Birken beseitigt werden müssen. Birken gelten bei den tatsächlichen Naturfreunden als „Unkraut“, weil sie sich sehr schnell und unkontrolliert vermehren. Die Sicherheit der Menschen mußte hier vorgehen und zeigt nun auch, wie vernünftig und angemessen die Maßnahme ist.

Welche übertriebenen und kostenintensiven Maßnahmen die untere Naturschutzbehörde dann dem Steuerzahler noch auferlegt, zeigt der neueste Streit im Stadtrat:



Das Landratsamt hat angedroht, die Entscheidungen des Stadtrates hinsichtlich der Parkfläche am Krankenhaus aufzuheben. Dabei geht es lediglich um einige in die Parkbuchten hineinragende Erdzungen, die mit Bäumchen bepflanzt werden sollen und natürlich gepflegt werden müssen.

Die Natur wird hier vom Menschen geschaffen und bevormundet, dies angeblich um den „Verlust von Naturflächen durch Schaffung eines Parkplatzes“ zu mildern. Wie lächerlich diese Argumentation ist, kann jeder sehen, der sich einmal die Stellen selbst anschaut.

Abgesehen davon, daß solche Bäumchen die engen Parkflächen noch mehr beengen und dabei zu Schäden (an Baum und Auto) führen werden, sind auch die Kosten nicht nachvollziehbar. So wird geschätzt, daß hier ca. 20000 DM ausgegeben werden müssen, um eine „ordnungsgemäße und naturgerechte“ Anpflanzung und Betreuung zu gewährleisten. Und das, obwohl dieser Bereich mitten im Mupperg liegt. An den Taten wollen wir sie messen: Die SPD übertreibt nicht nur maßlos, sie kostet dem Steuerzahler mit unsinnigen Projekten viel Geld!

- 91 -

Schwatzhafte Genossin

„Solidarität“ war jahrzehntelang das große Schutzschild der Sozialdemokraten gegen äußere Angriffe. Dies scheint heute nicht mehr gegeben zu sein.

Erste Szene: Der Stadtrat berät über die Ehrung von verdienten Bürgern. Dabei ist auch ein langjähriger Genosse, der ehrenamtlich viel Gutes für die Bürger tat. Selbstverständlich, daß die Stadträte gemeinsam sich für dessen Ehrung aussprechen.

Zweite Szene: Einige Wochen später kommt es im Rahmen einer weiteren Besprechung über die Ehrungen zu einer kurzen Diskussion mit dem Hinweis, daß die Ehrung für diesen Bürger auf einen anderen Termin verschoben werden sollte. Dem wird vom Stadtrat zugestimmt.

Dritte Szene: Beide Beratungen waren nicht öffentlich, was im Interesse der einzelnen Personen üblich und vom Gesetz so vorgesehen ist. Dies hindert die schwatzhafte Genossin und Ortsvorsitzende Heike Stegner-Kleinknecht jedoch nicht daran, die Ehefrau des zu ehrenden Bürgers anzurufen und „von Genos-

sin zu Genossin“ aus dieser vertraulichen Sitzung zu berichten, offensichtlich noch dazu falsch.

Ergebnis: Die Ehefrau des zu Ehrenden ist zutiefst empört und verärgert und stellt den Genossen im Stadtrat zur Rede, der angeblich falsche Behauptungen gegen den Ehemann aufgestellt haben soll.

Vierte Szene: Der zu Unrecht gescholtene Stadtrat beschwert sich in der Sitzung. Die schwatzhafte Genossin muß nach kurzem Zaudern zugeben, daß sie gesetzwidrig gehandelt hat. Gegen den dann ergangenen Verwaltungsbescheid wegen Verletzung der Verschwiegenheit legt sie Widerspruch ein und gewinnt.

Doch ein bitterer Nachgeschmack bleibt: Auch das Gericht machte der Stadträtin klar, daß der Schutz einzelner Bürger auch den Schutz der Vertraulichkeit des Wortes in der Stadtratsitzung gegenüber eigenen Genossen beinhaltet. Ein trauriges Kapitel von Solidarität in der Sozialdemokratie, noch dazu durch ihre eigene Ortsvorsitzende!



Endlich geht es wirklich los. Nach langen Diskussionen und maßlosen Verschleppungsversuchen der SPD-Fraktion hat der Stadtrat nun grünes Licht gegeben. Der Arnoldplatz wird ein neues Gesicht erhalten, ein neues innerstädtisches Zentrum kann entstehen, Bank, Arzt, Apotheker und Einzelhändler werden eine neue Heimat mitten in der Stadt finden.

Rückblick

Der neue Fraktionsvorsitzende im Neustadter Stadtrat für die CSU ist Jürgen Petrautzki.

Der 50-jährige Studienrat kennt seine Aufgabe, er ist seit mehr als 10 Jahren im Stadtrat und hat unter Erich Müller und später Leonhard Weitz die Fraktionsarbeit von der Pike auf kennengelernt. Er kennt daher auch die Probleme in Neustadt und hat in seiner Rede zur Haushaltsverabschiedung 1994 in deutlicher und offener Sprache auf die Probleme verwiesen. Dem Bürger seien einige seiner Ausführungen aus der Haushaltsrede noch einmal vorgestellt:

Durch die zunehmenden Belastungen der Kommune sind die finanziellen Spielräume eingeschränkt, wenn nicht sogar ausgetrocknet. Nicht umsonst hat der Deutsche Städtetag unter dem Motto gewarnt „Städte in Not“. Auch für Neustadt gilt dies, dort stehen 1994 keinen freien Mittel für Investitionen zur Verfügung.

Die Stadt ist angewiesen auf die Pflege ihrer Steuerquellen. Neben der Einkommenssteuer, sie macht 25,9 Prozent der Einnahmen der Stadt aus, muß auch die Gewerbesteuer mit einem Anteil von 24,3 Prozent der Einnahmen berücksichtigt werden. Die Einkommenssteueranteile werden von den Bürgern erbracht, die in Neustadt wohnen. Grundlage für eine dauerhafte Wohnungsnahme in unserer Heimat bedeutet, daß auch Baugebiete in unterschiedlichen Lagen und Grundstücke mit unterschiedlichem Zuschnitt den bauwilligen zukünftigen Bürgern angeboten werden müssen.

Bei der Gewerbesteuer ist die Pflege der vorhandenen Industrie und Wirtschaft wichtig, aber auch die Neuansiedlung unter den neuen Gegebenheiten nach dem Wegfall der Zonengrenze ist ein Argument zur weiteren Ansiedlungsbereitschaft im Neustadter Raum.

Neben der Schaffung von neuen Flächen für den Wohnungsbau sind auch Industriegebiete auszuweisen. Im Wohnungsbau können die Gebiete Gampertshügel, Brändlein, Reußensteiche, im Gewerbebereich die Fläche „an der gebrannten Brücke“ durch die vorhandene Aufplanung oder die Vorbereitung hierfür für die Zukunft genutzt werden. Wichtig ist, daß schnell und unbürokratisch geholfen wird.

Die CSU wandert

Es ist schon Tradition, dennoch soll wieder darauf hingewiesen werden, meinte der Ortsvorsitzende Gerhard Korn, als er die Mitglieder der CSU und ihre Freunde einlud, am 1. Mai zur Wanderung im Neustadter Kessel.

Auch in diesem Jahr wird als Wanderführer Gerhard Bauer tätig sein, der eine neue Route ausgesucht hat und gemeinsam mit Mitgliedern der Jungen Union und dem Landtagskandidaten J. W. Heike auch wieder für eine Erfrischung am Zwischenstopp sorgen wird.

Die Wanderung wird diesmal als Überraschungsrouten geplant. Es wird nicht bekanntgegeben, wo die einzelnen Teilrouten verlaufen. Zum Ausklang wird in der Märchenschau bei Stadtrat Klaus-Dieter Bätz für die erfolgreichen Wanderer und diejenigen, die später sich hinzugesellen, ein gemütliches Beisammensein organisiert.



Zu einem wirklichen Verkehrsknotenpunkt ist die Siemens-Kreuzung geworden. Leider wurde trotz übersichtlichem Straßenverlauf diese Kreuzung zu einem Unfallschwerpunkt. Erfreulich, daß das Straßenbauamt reagiert und nun eine Über-/Unterführung in Auftrag gegeben hat. Die Verkehrsteilnehmer werden dankbar sein, die CSU freut sich, daß ihre Initiative zur Schaffung dieser Verkehrserleichterung von Erfolg gekrönt ist.

Die CSU setzt sich für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und des Mietwohnungsbaus ein. Dafür werden alleine in diesem Jahr wieder 1,38 Millionen DM Förderung gewährt.

Die Schaffung von Dienstleistungs-Betrieben ist in der heutigen Zeit zukunftsorientiert. Dazu könnte auch das Gesundheitscenter gehören. Es sind auswärtige Investoren, die dies finanzieren und damit für Neustadt die Ansiedlungsmöglichkeiten für einen Hautarzt, Hals-Nasen-Ohrenarzt, Urologen und vielleicht auch noch einen weiteren Augenarzt schaffen.

Der Vorwurf, wenn dieses Center dann in Rödentäl gebaut würde, daß man in Neustadt geschlafen habe, kann nicht hingenommen werden und bedarf deshalb der Unterstützung durch alle Parteien!

Der Arnoldplatz muß, nachdem die Entscheidung auf den Verzicht der Tiefgarage gefallen ist, schnellstmöglich umgebaut und in eine städtebauliche Zentralfunktion entwickelt werden. Das frühere Zentrum ist durch die Schließung für den Verkehr eingeschlafen. Der Markt ist zur absoluten Ruhezone geworden, was letztendlich nicht dienlich ist. Die SPD, die dieses Konzept betrieben und zu verantworten hat, will durch einseitige Meinungsbildung zwar versuchen, sich nachträglich zu rechtfertigen, die Tatsache der leeren Geschäftsräume spricht jedoch eine deutliche Sprache gegen ihre falsche Entscheidung.

In Anbetracht der finanziellen Engpässe muß auch über die Neugestaltung der Bäder wieder diskutiert werden. Trotz einer nahezu vollständigen Auslastung des Hallenbades bleiben die beiden Bäder eine Verlustquelle von 1,7 Millionen DM pro Jahr. Eine weitere Renovierung des Freibades erscheint nicht machbar, aber auch die Anbindung eines neuen Freibades an das Hallenbad ist in der momentanen finanziellen Situation kaum möglich. Die Pläne hierfür gehen von Kosten von ca. 15 Mio. DM aus, die nicht vorhanden sind.

Die CSU-Fraktion steht zur Partnerschaft zu Sonneberg. Die Wirklichkeit sieht zwar anders aus als damals der Traum. Manchmal hat man den Eindruck, daß die Kontakte nur „auf Sparflamme kochen“. Die Zusammenarbeit zwischen der CSU-Fraktion in Neustadt und der CDU-Fraktion in Sonneberg ist zwar begonnen, wegen des bevorstehenden Wahlkampfes in Thüringen jedoch momentan sehr gering. Auch bei den anderen Parteien ist dies so festzustellen. Ein gemeinsames Mittelzentrum, welches für beide Seiten Entwicklungsmöglichkeiten darstellen würde, muß weiter im Auge behalten werden. Dabei kann vielleicht auch die dringend notwendige Umgehungsstraße vorangetrieben werden, wenn nämlich beide Partner gemeinsam die Schaffung dieser Straße fordern, bei der Planung helfen und immer wieder anmahnen. Die Zeit drängt, allerdings kann Bayern alleine hier keine Lösung schaffen, weil Thüringen auf seiner Seite natürlich auch die notwendigen Straßenanbindungen planen und schaffen muß.

Erfreulich ist die bald zu erwartende Entwerfung der Siemens-Kreuzung durch Bau einer Überführung. Das Straßenbauamt Kronach ist in der Planung, hier heißt es „guter Hoffnung sein“. Die Mittel sind mittlerweile auch schon weitestgehend gesichert.



Auch im vergangenen Jahr war die Mai-Wanderung der CSU ein voller Erfolg. Auf der halben Strecke gab es eine Rast mit einer Erfrischung, spendiert vom Landtagskandidaten J. W. Heike. Gespannt sind die Wanderer, ob auch diesmal wieder für eine erfreuliche Rast sorgt ...

In den beiden Tageszeitungen werden die Wanderzeiten noch einmal ausdrücklich bekanntgegeben, so daß um entsprechende Aufmerksamkeit der Freunde und Mitglieder gebeten wird.

Hoher Besuch bei der FU

Die Frauenunion in Neustadt kann dieses Jahr auf ihr 10-jähriges Bestehen zurückblicken.

Am 06. Juni 1984 wurde die FU gegründet. Die Vorsitzende, Elke Protzmann, nunmehr 10 Jahre im Amt, hatte sich damals dafür ausgesprochen, daß Politik für alle Bürger aus der Sicht der Frauen gemacht werden sollte. Nicht die große Politik war wesentlich, sondern das, was den Bürgern hautnah und im eigenen Stadtbereich auf den Nägeln brennt. Das Interesse an Neustadt, der Stadt, in der man lebt und die Absicht, hier die politische Landschaft zu ändern, war das Ziel der FU.

Mit Ablauf der ersten zehn Jahre des Bestehens kann die FU in Neustadt sicherlich feststellen, daß sie erfolgreich gearbeitet hat, eine große Anzahl von Mitgliedern, aber besonders auch Gönnern und Freunden in der Neustadter Bevölkerung gefunden hat.

Jeden ersten Mittwoch im Monat trifft sich die FU und bespricht dabei Themen und Fragen, die die Frauen interessieren. Kein Thema oder Ereignis wird bei diesem Treffen ausgeklammert.

Als kleines Dankeschön für die gute Zusammenarbeit hat der CSU-Kreisvorsitzende und

Landtagskandidat Jürgen W. Heike zum 10-jährigen Jubiläum die Landesvorsitzende der FU Bayern, Gerda Hasselfeld, Bundesgesundheitsministerin a. D. eingeladen. Sie wird trotz großer Terminbelastungen zur Feier der FU Neustadt kommen und dabei auch ihre Verbundenheit und Freundschaft zum Landtagskandidaten Heike dokumentieren, mit dem sie zusammen jahrelang in der JU gearbeitet hat.

-5-

Haushaltsdisziplin in Neustadt

Im Haushaltsjahr 1993 wurde durch die städtische Jugendpflege die ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsstelle hoffnungslos überschritten, aber erst als unbezahlte Rechnungen vorlagen, wurde der Stadtrat gebeten neue Haushaltsmittel bereitzustellen.

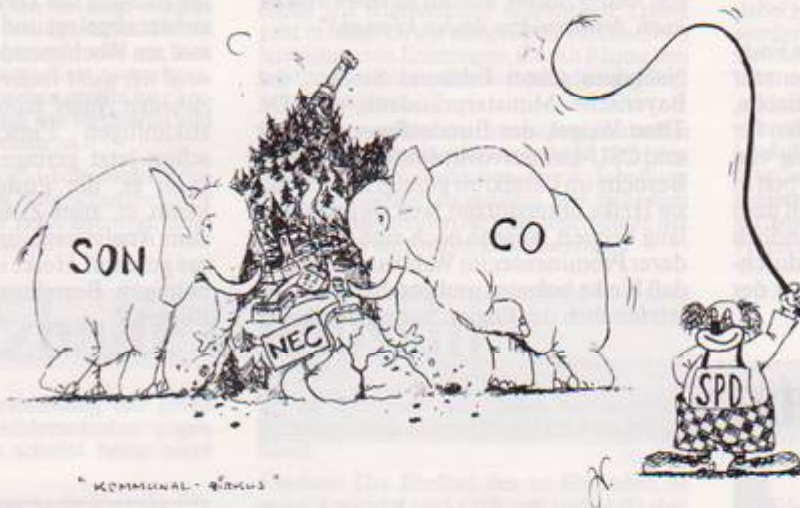
Was war passiert? Nach der Verlängerung der Arbeitszeit des städtischen Jugendpflegers hat dieser gedanken- und bedenkenlos neue Aufträge ausgelöst, ohne sich um die zur Verfü-

gung stehenden Mittel zu scheren. Von einer geordneten Haushaltsüberwachung ganz zu schweigen, wurde er auf diesen Umstand erst aufmerksam gemacht, als keine Mittel mehr zur Verfügung standen. Getreu dem Motto: „Erst einmal das Geld ausgeben, die Stadt und damit der Steuerzahler muß ja sowieso bezahlen!“ In der betreffenden Stadtratssitzung wurde bekannt, daß Herr Schlittmaier Anfang Juni noch keinen Überblick über die anstehenden Ausgaben hatte und ein Großteil der

kostenintensiven Maßnahmen erst in den Sommermonaten stattfand. Im September hat Herr Schlittmaier dann endlich erkannt, daß er die betreffenden Rechnungen nicht mehr bezahlen kann!

Insbesondere die CSU-Stadtratsfraktion wahrte sich nachdrücklich gegen dieses Finanzgebahren städtischer Bediensteter. Mit den Mitteln der Öffentlichkeit darf in dieser Art und Weise nicht umgegangen werden.

Europa



Es ist wieder soweit, am 12. Juni dieses Jahres sind die Bürger aufgerufen, die Europawahlen durchzuführen.

Viele jedoch meinen, daß sie Europa ja nichts angehe. Dies ist aber falsch, wie man merkt, wenn man sieht, daß die politischen Entscheidungen nunmehr schon größtenteils in Brüssel fallen.

Das Unwohlsein der Bürger beruht häufig auch darauf, daß nicht klar erkannt wird, was Europa eigentlich für uns bedeutet.

Die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik benötigt einen Warenaustausch mit den umliegenden Ländern. Die Autoproduktion, die in Deutschland Grundpfeiler des wirtschaftlichen Wohlstandes ist, benötigt genauso Exportmöglichkeiten wie alle anderen

Industriezweige, so zum Beispiel die Maschinenbauindustrie. Die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung Europas, aber auch die gemeinsame Verteidigungsbereitschaft haben durchaus schon auch der Bundesrepublik geholfen. In Bayern hängen zu etwa 20% der Arbeitsplätze direkt vom Export in die Europäische Union ab. Deutschland verkauft jeden Tag für eine Milliarde DM Waren in die Länder der EU. Dies bedeutet, unser heutiger Wohlstand und unsere soziale Sicherheit wären ohne die Europäische Union nicht möglich.

Wo es nötig ist, muß aber auch gegengesteuert werden. Die EU darf nicht zur Planungskommission von Bürokraten gemacht werden. Sie muß auch den kleineren Wirtschaftsbereichen Schutz und Hilfe gewähren, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft. Auch hier gibt es bereits

in Deutschland einen Agrarexport, der über 37 Milliarden DM im Jahr erbringt. Rindfleisch, Zucker, Käse aber auch Getreide werden mittlerweile in die europäischen Nachbarländer exportiert.

Europa halten wir für notwendig, die Bürokratie der Eurokraten muß jedoch bekämpft werden. Die Europäische Union muß sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren, die äußere und innere Sicherheit gewährleisten und rechtliche und politische Rahmenbedingungen setzen. Die letztendliche Entscheidung und die Durchführung muß den einzelnen Staaten belassen werden, da dort mit mehr Kenntnis des Einzelfalles entschieden werden kann.

Ja zu Europa heißt für uns ja zur Fortentwicklung in Frieden und Freiheit.

Wir stellen vor:

Jürgen W. Heike

Er ist Neustadter, er ist auch stolz darauf, und er fühlt sich wohl in seiner Heimat.

Gemeint ist der CSU-Landtagskandidat Jürgen W. Heike.

Er ist gebürtiger Neustadter, besuchte nach der Volksschule das Arnold-Gymnasium und studierte in Erlangen Jura.

Seit 1977 ist er niedergelassener Rechtsanwalt und hat dabei manche Notsituation von Bürgern kennengelernt und ist auch darauf stolz, daß er hier häufig helfen konnte.

Mit seiner Frau Gisela und den Kindern Dominik, Saskia und Julian wohnt er mitten in der Stadt und kennt die Probleme der Region als seine eigenen.

Politisch begann seine Laufbahn beim RCDS, wo er in Erlangen ein Jahr Geschäftsführer des Verbandes war. Er gründete in Neustadt die Junge Union, wurde später Kreisvorsitzender und war 6 Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union.

Mittlerweile ist er als Kreisvorsitzender der CSU des Landkreises Coburg wieder gewählt worden. Sein politischer Lehrvater war Erich Müller, dessen Geradlinigkeit und Ehrlichkeit er heute noch als vorbildlich einschätzt.

Von diesem übernahm er auch den Fraktionsvorsitz im Kreistag, den er nunmehr seit 10 Jahren inne hat. „Hart in der Sache, aber fair in der Diskussion und offen für gute Ideen“ lautet seine Vorstellung von Politik. Er schätzt die Zusammenarbeit in allen politischen Gremien, auch mit dem politischen Gegner, weil es letztendlich nicht um Theorien, sondern um durchsetzbare und vernünftige Lösungen der Probleme des Alltags geht.

Bei seiner Nominierung durch die CSU Coburg, die fast einstimmig war, zeigte er, daß er weiß, welche Probleme unsere Region betreffen, daß er in München mit seinen Verbindungen zu den Ministerien und Ministern zum Wohle seines Stimmkreises arbeiten kann und will.

Heike setzt sich für eine Fortentwicklung des oberfränkischen Wirtschaftsgebietes ein, er steht zur Schaffung von neuen Verkehrsverbindungen, Sicherung und Fortentwicklung der Arbeitsplätze und verlangt immer wieder auch für qualifizierte Arbeitskräfte ein „Recht auf Arbeit in der Heimat“. Dazu gehört nicht nur die Verlagerung von Behörden aus den Ballungsgebieten in die Region, sondern auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ansiedlungswilligen Industriebetrieben.

Neben der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas durch die Verwaltungen und die politischen Gremien gehört auch die Lebensqualität der Bürger zu einem wichtigen Aspekt der Zukunft.

„Die Region“, so Heike *„braucht Arbeitsplätze in allen Bereichen, die Verteufelung von Industrie und Wirtschaft ist der falsche Weg, weil nur mit einer guten Zusammenarbeit unsere Bürger, dort wo sie leben wollen, auch Arbeitsplätze finden können!“*

Nachdem schon Edmund Stoiber, der Bayerische Ministerpräsident, und Dr. Theo Waigel, der Bundesfinanzminister und CSU-Landesvorsitzender, durch ihre Besuche im Landkreis gezeigt haben, daß sie Heike unterstützen, weil sie ihn jahrelang kennen, werden noch eine Reihe anderer Prominenter im Wahlkampf zeigen, daß Heike bekannt und geschätzt ist, was letztendlich der Region nur nützen kann.



Wenn Heike durch das Votum der Wähler im Oktober nach München geschickt wird, bleibt ihm kaum noch Zeit für seine Hobbys. Eines allerdings wird er wohl weit zurückschrauben müssen. Er lebt nach dem Motto, daß man nicht nur Mekkern, sondern Mitmachen muß und, wenn man über etwas reden will, dies auch selbst kennen sollte. Deshalb hat er die Prüfung des DFB als Fußballschiedsrichter abgelegt und pfeift auch gerne einmal am Wochenende als „23. Mann“. „Da muß ich wohl leider die Pfeife an den berühmten Nagel hängen“ bedauert er die zukünftigen Einschränkungen seiner schon jetzt geringen Freizeit. Arbeiten kann er, die Probleme seiner Bürger kennt er, zum Zuhören ist er erzogen, zum Analysieren und Lösen der Probleme geschult. Heike ist der Anwalt mit den richtigen Beziehungen für alle unsere Bürger.

Zu guter Letzt:

Gerücht - oder wahr?

Die Ausweitung der 7-km-Geschwindigkeitszone ist im Verkehrsausschuß des Stadtrates Neustadt vom Tisch. Schlagendes Argument der Oberbürgermeisterin Dr. Schneider-Böttcher soll ge-

wesen sein: *„So langsam kann ich nicht mit meinem Dienstwagen fahren . . .“* Hat deshalb die SPD so massiv (und erfolglos) gegen des Neuwagen gekämpft???

Termine:

Mi. 6.4.94 20.00 Uhr FU-Stammtisch
Sa. 30.4.94 14.00 Uhr EURO-Tag in Würzburg (Busfahrt)
So. 1.5.94 09.00 Uhr Maiwanderung
Sa. 7.5.94 09.00 Uhr CSU-Infotag am Markt

Fr. 13.5.94 17.00 Uhr Eröffnung Puppenfestival

Weitere Termine und die Treffpunkte werden in den Tageszeitungen bekanntgegeben.

CSU

Auflage: 7500 Stück
Verleger:
CSU-Stadtratsfraktion, vertr. d. d. Vorsitzenden L. Weitz
Herausgeber: J. W. Heike
Verantwortliche Redakteure:
A. Bätz, K.-D. Bätz, J. W. Heike, G. Knoch, F. Nachtigall, J. Petrautzki, E. Protzmann, J. Sauer, U. Scheler, L. Weitz